

Franz J. Hinkelammert

Thesen zur Kritik des Weltwährungsfonds (IMF)

Die folgenden Thesen sollen zeigen, daß der IMF, so wie er heute existiert, eine Interessenvertretung mächtiger Minderheiten ist, und seinen Aufgaben in keiner Weise gerecht wird. Es ist daher nötig, eine neue, unabhängige internationale Finanzbehörde zu schaffen, die in der Lage ist, die Interessen der Weltwirtschaft gegenüber kleinen mächtigen Gruppen und allen Ländern gegenüber durchzusetzen oder zumindest zum Ausdruck zu bringen. Ich gehe dabei insbesondere von der Situation Lateinamerikas (LAs) aus.

1. Die heutige Schuldenkrise Lateinamerikas und weitgehend auch der Dritten Welt überhaupt ist eine Krise der Beteiligung des Auslandskapitals an der Entwicklung der Länder Lateinamerikas. Das Auslandskapital stranguliert heute die Entwicklung und zwingt irrationale Tendenzen auf. Die Denationalisierung entpuppt sich als Strangulierung. Die einzige Nettoinvestition in Lateinamerika ist das erste Schiff von Kolumbus gewesen. Das zweite Schiff wurde bereits durch die Gewinne bezahlt, die die erste Reise hinterlassen hatte.

Die heutige Auslandsschuld LAs entsteht seit dem zweiten Weltkrieg, nicht erst in den 70er Jahren. Bereits zu Beginn der 70er Jahre war die Verschuldung an der Grenze der Unzahlbarkeit (Die Schulden LAs machen 1970 fast das doppelte der Güterexporte aus. Von 1972 an steigen dann die Güterexporte schneller an als die Schulden. Aber 1976 sind die Schulden wieder etwa doppelt so hoch wie die Güterexporte, während sie 1982 etwas mehr als das dreifache der Exporte und 1986 etwa das vierfache betragen). Die Verschuldung ist in den 50er und 60er Jahren fast ausschließlich das Ergebnis der Gewinntransfers des Auslandskapitals in LA, der bei tendenziell ausgeglichener Handelsbilanz durch Kredite finanziert wird. Erst

in den 70er Jahren spielen andere Faktoren eine größere Rolle, insbesondere die Korruption des internationalen Finanzsystems und, zeitweise, Handelsbilanzprobleme.

Der IMF hat nicht eine einzige sorgfältige Untersuchung vorgelegt, die alle diese Gründe in Betracht zöge. Vor allem ist er völlig unfähig, ein objektives Urteil über die Rolle des Auslandskapitals abzugeben. Er ist das Auslandskapital. Die heutige Schuldenkrise ist bereits Ende der 60er Jahre klar sichtbar und vorhersehbar. Der IMF hat nicht einmal gewarnt, um die Form zu wahren. Erstmals 1978 hat er von einer möglichen Schuldenkrise gesprochen, als völlig klar war, daß es zu spät war.

2. Die Schulden aus Spekulation sind ein Produkt der Korruption des internationalen Finanzsystems unter Beteiligung lateinamerikanischer Eliten. Wenn man heute die Korruption der lateinamerikanischen Eliten anklagt, so vergißt man, daß zu jeder Korruption zwei gehören. Einer, der zur Korruption auffordert, und einer, der die Korruptionsgelder annimmt. Gewöhnlich teilen sich beide die Korruptionsgewinne. Die Gläubigerbanken sind der wichtigere Teil der Korruption. Das ist wie im Lockheed -Skandal: Lockheed ist korrupt, weil es zahlt, andere sind korrupt, weil sie annehmen. Den Gewinn machen beide, aber der Gewinn von Lockheed ist größer. Die Korruptionsgewinne der Korruption des internationalen Finanzsystems sind heute Teil der Auslandsschuld LAs, in Argentinien und Venezuela sind sie fast für die gesamte Auslandsschuld verantwortlich, in Chile etwa für die Hälfte.

Die Korruption war in den 70er Jahren offensichtlich. Wirtschaftsminister und Zentralbankpräsidenten haben sich beteiligt. Das wußte alle Welt, nur der IMF hat nichts gesehen. Es war seine elementale Pflicht, hier einzuschreiten. Stattdessen hat er sich darum gekümmert, Subventionen für Nahrungsmittel und öffentliche Verkehrsmittel zu streichen.

Wenn ein Finanzinspektor eine Steuerhinterziehung nicht sieht, selbst wenn er mit der Nase daraufstößt, dann vermuten wir, daß der beteiligt ist. Wenn der IMF solche Korruption nicht sieht, obwohl er mit der Nase daraufstößt, was vermuten wir denn dann?

3. Im Mai 1979, 2 Monate vor dem Sieg der Sandinisten, gab der FMI einen Stand-By Kredit von etwa 60 Millio Dollar an Nicaragua. Davon waren nach dem Sieg nur noch 3.5 Mllio auffindbar. Es handelte sich wahrscheinlich um eine Frühfinanzierung der Contra. Nur die Somozisten und der IMF können wissen, wohin das Geld geflossen ist. Aber sie werden es nicht sagen. Es ist aber Teil der Auslandsschuld von Nicaragua geworden. Sie ist einfach fabriziert, aber wird kassiert. Auf rechtlichem Wege kann man nicht vorgehen, da der IMF offensichtlich keinem Recht unterliegt. Wo kein Richter ist, da ist auch kein Henker.

4. Die Banken erweisen sich als Hehler, die das Ergebnis der Korruption und der Unterschlagung verstecken und aufbewahren und für ihre eigenen Geschäfte nutzen. Sie sichern die Gewinne aus den Gesetzesverletzungen. Und der Hehler ist so schlecht wie der Stehler.

5. Das neue Mittel zur Schuldenbezahlung sind die sogenannten swaps: equity swaps, swaps for nature, charity swaps. Die swaps for nature und die charity swaps sind einfach Kauf von Legitimität. Den swaps for nature folgten die swaps für Giftmüllablage, für Antinatur, für Naturzerstörung. Die Swaps sind Konvertierung oder Umwandlung des Teils der Schulden, der in Devisen nicht zahlbar ist. Er wird in nationaler Währung zahlbar gemacht, indem man mit dem Gegenwert der nicht überweisbaren Zinsverpflichtungen den Regierungen in nationaler Währung abverlangt und damit die Länder aufkauft. Man kann alles aufkaufen was man will, bis alles aufgekauft ist. Den Gläubigern gehört alles, der Verkauf von ganz LA reicht nicht, um die Schulden zu zahlen. Und man ist jetzt dabei, alles aufzukaufen. Hat man alles, aber auch alles, aufgekauft, bleibt die Schuld bestehen, und bleibt unbezahlbar und LA muß weiterhin das mögliche Maximum an Devisen durch Überschüsse der Handelsbilanz abführen, und das per saecula saeculorum.

6. Der Marshall-Plan beginnt mit dem Nachlaß der Schulden (dies führt zum Londoner Schuldenabkommen 1952). Die als Marshall-Plan bezeichnete Finanzhilfe ging über den Schuldennachlaß hinaus, baut aber auf ihm auf. Ohne den Schuldenerlaß führt die Finanzhilfe einfach zur Schuldenzahlung auf Kredit. Die Finanzhilfe fließt einfach zurück und wird zu einer Hilfe für die Banken des angeblich helfenden Landes oder ist nur

Kapitalisierung nicht zahlbarer Zinsen oder Amortisationen. Wollte man wirklich LA helfen, müßte man etwas Ähnliches tun wie man es nach dem zweiten Weltkrieg in Europa getan hat. Darüber hinaus wären entsprechende lateinamerikanische Institutionen zu schaffen, insbesondere solche, die denen der heutigen EWG entsprechen, aber den speziellen Situationen angepaßt sind. Andernfalls wiederholt sich die Verschuldung nur. Darüberhinaus aber müßte man die Tätigkeit des Auslandskapitals beschränken.

Da die Glaubigerländer nach dem zweiten Weltkrieg wußten, daß es ohne Schuldenerlaß keine Entwicklung gibt, sollten sie es heute auch wissen. Da sie aber so tun, als wußten sie es nicht, kann man annehmen, daß sie die Zerstörung der Entwicklung, die die Schuldenzahlung verursacht, auch wollen. Wir sollten davon ausgehen, daß die Zerstörung der Entwicklung der dritten Welt Absicht der entwickelten kapitalistischen Länder ist.

7. Hätte Lateinamerika weder direkte Auslandsinvestitionen noch Kredite bekommen, stünde es heute besser da als es dasteht. Japon hat sich ohne Auslandskapital entwickelt, ebenso die nordeuropäischen Länder. (die 1930 ein pro-Kopfprodukt niedriger als Spanien hatten, auf dem Niveau Irlands.) Produktionen, die das Auslandskapital beherrscht, können nur sehr beschränkt auf dem internationalen Markt auftauchen, da jeweils das Ausland als Eigentümer der Produktionsstätten darüber entscheidet, was exportiert werden darf und was nicht. So haben weder Brasilien noch Mexiko frei exportierende Automobilfabriken, obwohl sie eine große, aber in Händen des Auslandskapitals befindliche Automobilproduktion haben. Japan konnte frei exportieren, weil es eine eigene Produktion aufbaute, Brasilien aber nicht, weil es die Produktion dem Auslandskapital übergeben hat. Das Gleiche im Fall von Hyundai in Südkorea. LA kann nur frei Rohstoffe exportieren, in der Manufaktur ist es weitgehend durch das Auslandskapital gebunden. Hätte Japon seine Automobilproduktion dem Auslandskapital überlassen, gäbe es heute keine japanischen Automobile auf dem Weltmarkt.

Dies verhindert die mögliche Entwicklung schöpferischer Initiativen derjenigen Länder, die dem Auslandskapital die Funktion ihrer Entwicklung anvertrauen. Das Auslandskapital orientiert die Produktion auf den inneren

Markt, läßt aber eine unabhängige Konkurrenz auf den internationalen Märkten nicht zu. Ebenso verhindert es die technologische Entwicklung dieser Länder, da es monopolistisch bestimmen kann, welche Technologien in diesen Ländern überhaupt entwickelt werden sollen. Durch diese Strangulierung durch das Auslandskapital ergibt sich, daß die wesentlichen Exportmöglichkeiten des Kontinents auf Rohstoffexporte beschränkt sind. Werden diese extrem erhöht, führt dies zu extremer Naturzerstörung, wie wir sie heute beobachten können. Die Exporte exportieren zerstörte Natur, die unwiederbringlich ist.

Damit zerstört das Auslandskapital jede Möglichkeit einer optimalen Ressourcenallokation (Wirtschaftsrechnung), selbst wenn man diese als reine Markt- und Wettbewerbsrechnung auffaßt, wie dies ja der IMF tut. Das Auslandskapital unterdrückt die Möglichkeit LAs, in den internationalen Wettbewerb einzutreten. Dieser wird unterbunden, da das Auslandskapital die Märkte bestimmt, auf denen die Produkte von LA überhaupt verkauft werden können, und die Technologien, die in den abhängigen Ländern entwickelt werden sollen. Die internationale Arbeitsteilung wird durch das Auslandskapital wirtschaftlich irrational gemacht.

Das Gleiche gilt für die internationalen Zinsmärkte. Ihre irrationalen Schwankungen und wirtschaftlich unvernünftigen realen Zinssätze ermöglichen keine rationale Ressourcenallokation und zerstören die internationale Arbeitsteilung ebenfalls.

Der IMF hat nie eine Analyse dieser Allokationsprobleme gemacht, sondern immer nur neoklassische Dogmen nachgebetet.

8. Es gibt keine internationale Rechtsordnung. Die USA haben 1986 den Internationalen Gerichtshof von Den Haag für nicht zuständig erklärt. (Urteil fiel am 26. Juni 1986.) Jetzt steht ein Urteil über den Schadensersatz *Nicaraguas* an, die USA haben wiederum erklärt, ihre Verpflichtungen nicht anerkennen zu wollen. Die Rechtsgrundlagen für den internationalen Zahlungsverkehr fallen weg. Die USA wollen Rechtsgrundsätze für sich gegen andere ausnutzen, sie aber nicht für sich selbst gelten lassen.

Der IMF erklärt sich für nicht zuständig.

9. Marktgesetze werden als absolutes Geschichtsgesetz ausgegeben. Alle Völkermorde dieses Jahrhunderts wurden im Namen von absoluten Geschichtsgesetzen begangen. Es handelt sich um Geschichtsgesetze, die die Rationalität und die Wissenschaftlichkeit beanspruchen. Geschichtsgesetze, die ohne Rücksicht auf die Opfer durchgesetzt werden müssen und deren Durchsetzung letztlich im Vorteil der Opfer selbst liegt. Dies ermöglicht die völlige Gewissenlosigkeit des Handelns. Die gegenwärtige Form des Geschichtsgesetzes als absolutes Marktgesetz enthält den gleichen Formalismus wie die vergangenen des Stalinismus und des Nazismus, behauptet nur, daß das wahre Geschichtsgesetz eben das Marktgesetz ist. Die vergangenen waren falsch, weil sie nicht wissenschaftlich waren, obwohl sie das behaupteten. Das jetzige Geschichtsgesetz ist endlich das wahre, in dessen Namen mit Recht ohne Rücksicht auf die Opfer vorgegangen werden kann und dessen absolute Verwirklichung dieses Mal tatsächlich selbst für die Opfer das beste ist.

10. Würden heute die Hälfte der Schulden Lateinamerikas nachgelassen, wäre das ein Vorteil der Banken, die ihre dubiosen Kredite abschreiben könnten, würde aber an der Situation Lateinamerikas überhaupt nichts ändern. Durch eigenen Transfer durch positiven Handelsbilanzsaldo bezahlt Lateinamerika ja nur die Hälfte seiner Zinsverpflichtungen, obwohl mit aller Gewalt ja herausgeholt wird, was zu holen ist. Die restlichen Zinsverpflichtungen werden kapitalisiert, was zum automatischen Anstieg der Gesamtschuld führt. Alle drei Jahre zahlt LA einen ganzen Marshallplan, aber es müßte allein an Zinsen zwei bezahlen. Folglich steigt die Auslandsschuld alle 3 Jahre um einen ganzen Marshallplan an. Die Schuld steigt nicht an, weil die Banken Kredit geben. Sie steigt an, weil die fälligen Zinsen unzahlbar sind, selbst mit 100 Pinochets mehr würden sie nicht zahlbar werden. Die nicht zahlbaren Zinsen führen folglich durch Kapitalisierung zum Schuldenanstieg. Die Banken behaupten, daß dies ein Kredit sei zugunsten von LA. Aber diese Kredite geben sie, weil die Schulden steigen. Es sind nicht Kredite, die den Schuldenanstieg erklären. Würden sie keine Kredite dieser Art geben, stiegen die Schulden ebenfalls an. Es handelt sich um einen Automatismus.

Ein möglicher Schuldennachlaß, um überhaupt irgendeinen positiven Effekt zu haben, muß mehr als die Hälfte der heutigen Auslandsschulden erfassen.

11. Die Unzahlbarkeit der Auslandsschuld ist kein Triumph der Schuldnerländer, sondern ihre absolute Niederlage. Wer seine Schulden bezahlen kann, ist ein freier Mensch. Wer sie nicht bezahlen kann, hat seine Freiheit, und die seiner Kinder und Kindeskinde, verloren. Der Wucher beruht darauf, eine unzahlbare Schuld zu erzeugen, nicht eine zahlbare. Die unzahlbare Schuld ermöglicht, den Schuldner absolut dem Willen des Gläubigers zu unterwerfen. In seinen normalen Beziehungen beruht das Bankensystem darauf, zahlbare Kredite zu geben. Das ist nicht problematisch. Es verwandelt sich in Wucher, wenn es zu Schulden führt, die unzahlbar sind. Es geht nicht darum, ob das mit Absicht geschehen ist. Als es so weit war, hat man die Unzahlbarkeit benutzt, um die absolute Abhängigkeit überall zu erzeugen und auszunutzen, wo dies möglich war. In LA praktisch in allen Ländern. Diese Ausnutzung wird als absolutes Geschichtsgesetz ausgegeben, das zu recht seine Opfer fordert, und das selbst den Völkermord rechtfertigt. Heute haben die Schuldnerländer keine Selbstbestimmung mehr, und haben keine Aussicht, je wieder frei zu werden. Unter diesem Aspekt ist es völlig irrelevant, ob die Schuld legitim oder nicht ist. Auch eine legitime Schuld rechtfertigt diesen Völkermord nicht.

Die Strukturanpassung, die der IMF aufzwingt, verwandelt die Länder LAs in Schuldenbezahlungswirtschaften ohne jedes Entwicklungsprojekt. Da sie die Strangulierung der Exporte LAs nicht in Betracht zieht, reduziert sie außerdem LA weitergehend darauf, Rohstoffe und Nahrungsmittel zu exportieren. Eine Analyse der tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten findet nicht statt. Der FMI sagt über alle Länder immer nur dasselbe, seine Berichte sind wie Gebetsmühlen.

12. Der IMF hat eine Politik gemacht, die den Bankrott abschafft. Er hat dies getan, indem er, insbesondere ab 1982, die Regierungen der Länder LAs zwang, alle privaten Schulden in öffentliche Schulden und damit in Kollektivschulden umzuwandeln. Es handelt sich um etwa 2/3 der Gesamtschulden zu diesem Zeitpunkt. Private Schuldverträge zwischen Privatunternehmern LAs und Privatunternehmern der Gläubigerländer

wurden in öffentliche Schuldverträge zwischen den Regierungen von LA und Privatunternehmen im Ausland umgewandelt. Die privaten Schulden, die einige gemacht haben, wurden zu Schulden von allen. Privatschulden wurden zu Kollektivschulden, und schließlich zu Kollektivschuld, für die Millionen von Menschenleben zu zahlen sind. Es handelt sich um eine gigantische Staatssubvention für die Privatbanken der Gläubigerländer. Diese Maßnahme findet auf Druck des IMF statt. Sie widerspricht all seinen Erklärungen gegen Staatssubventionen. Während kleine Subventionen sozialer Art bekämpft werden, werden die Staaten LAs zu gigantischen Subventionen an das Finanzsystem gezwungen. (in dieser Zeit auch in den USA: Subventionierung der US-Bank Continental Illinois mit 4 Milliarden Dollar)

Die öffentliche Meinung der Gläubigerländer wurde insbesondere durch denjenigen Teil der heutigen Auslandsschulden, die aus der Bankenkorruption hervorgingen, auf den Gesichtspunkt der Kollektivschuld hin programmiert. Es handelt sich um eine Korruption, an der die Banken zusammen mit nationalen Eliten der Länder LAs beteiligt waren, und die möglicherweise bis zu 25% der heutigen Auslandsschulden ausmachen. Es handelte sich dabei um Eliten, die vor allem durch die von den heutigen Gläubigerländern unterstützten totalitären Regime der Nationalen Sicherheit zu absoluter Macht gekommen waren. Als die Privatschulden in kollektive Schulden umgewandelt wurden, verwandelte unsere öffentliche Meinung die Privatschuld dieser Korruption in eine Kollektivschuld LAs, sodaß die ungeheuren menschlichen Leiden, die durch die Schuldeneintreibung verursacht werden, als scheinbar gerechte Strafe für diese fabrizierte Kollektivschuld der Korruption gilt.

Für Kollektivschulden kennt unsere Gesellschaft keinen Bankrott, in alle Ewigkeit müssen sie bezahlt werden, Privatschulden hingegen erledigen sich durch Unzahlbarkeit, wie dies etwa im Fall des Zusammenbruchs der AEG in Deutschland stattfand. Die Schulden der AEG wurden auch nicht zu Kollektivschulden gemacht, die von allen zu bezahlen sind. Warum eine solche Barbarei in LA?

Die Möglichkeit des Bankrotts ist die Grenze, die unbegrenzte unzahlbare Schulden verhindert. Der Bankrott begrenzt die Schuld auf die Person des

Schuldners. Die Unmöglichkeit des Bankrotts dehnt die Schuldnersituation auf Kinder und Kindeskindern aus, schafft das absolute Ausgeliefertsein. Der IMF hat diese Situation aufgezwungen. Das ist nicht einmal wilder Kapitalismus, sondern verwilderter Kapitalismus. Es ist die Politik, die den Regierungen der Schuldnerländer aufzwingt, die Privatschulden in öffentliche Schulden zu verwandeln. Mehr als die Hälfte der Schulden LA sind dieser Art.

Die andere Grenze jeder Schuldverpflichtung ist das Existenzminimum des Schuldners. Im Innern der kapitalistischen Länder wird heute im allgemeinen diese Grenze respektiert. Niemand darf zum Hunger verurteilt werden, um seine Schulden zu bezahlen, der Gläubiger kann dem Schuldner nicht das Existenzminimum abnehmen. Man nimmt hingegen dem Hungernden das letzte Stück Brot weg, das ihm bleibt. Nicht einmal um es zu essen, sondern um es den Schweinen vorzuwerfen, die man dann in den Vorräten der EWG verrotten läßt.

Im Namen eines Geschichtsgesetzes, das ohne Rücksicht auf die Opfer durchgesetzt werden muß, begehen wir Völker- und Naturmord. Aber man gibt ihn als soziale Gerechtigkeit aus. So wird von seiten des IMF behauptet:

"Die Wirkung der Steuermaßnahmen, die sich, zum Beispiel, auf die Einkommenssteuer beziehen, die die Steuerabzüge der Gruppen mit niedrigen Einkommen erhöhen, aber die Abzüge für die höheren Einkommen senken, schlägt zum Vorteil der Schichten der Armen aus." (Untersuchung des IMF: Adjustment Programs for Poverty: Experiences in Selected Countries. Nr.58, Occasional Papers. Nach Boletín del FMI, 6.6.1988 p.164)

Ich möchte dazu als Kommentar Dietrich Bonhoeffer zitieren:

"Besser als die Wahrheit im Munde des Lügners ist noch die Lüge, besser als die Tat der Bruderliebe des Menschenfeindes ist der Haß... Daß das Böse in Gestalt des Lichtes, der Wohltat,.. der Erneuerung, daß es in der Gestalt des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten erscheint, ist für den schlicht Erkennenden eine klare Bestätigung seiner abgründigen Bosheit". (Dietrich Bonhoeffer, Bonhoeffer- Auswahl, München 1970, Bd.4,S.81)

Dies ist das Wort eines großen Deutschen, der gegen ein solches Geschichtsgesetz gekämpft hat und zum Märtyrer wurde. Wir haben allen Grund, diesen Kampf wieder aufzunehmen und uns nicht damit beruhigen, daß es ja diesmal um das Schicksal anderer Länder geht. Das Schicksal, das wir heute anderen Ländern bereiten, wird unser Schicksal werden.

Ergebnis:

Die Politik des IMF verletzt nicht nur seine eigenen Statute, sie verletzt auch elementale Normen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens. Er behauptet, der Hüter des Finanzsystems zu sein, während er nur der Repräsentant einer radikalen Minderheit - die allerdings die Macht hat - in der Weltfinanz ist.

Der IMF ist Organismus der Regierungen. Eine Untersuchungskommission ist nötig, die über die Verantwortlichkeit des IMF (und der Gläubigerbanken) für die heutige Krise urteilt. Diese muß allerdings unabhängig von dem Finanzsystem sein, über das sie zu urteilen hat.

(Zur Ausführung der wesentlichen Argumente, die in diesen Thesen enthalten sind, siehe: Franz J. Hinkelammert, La deuda externa de América Latina. El automatismo de la deuda. DEI, San José 1988. Zu beziehen: DEI, Apartado 390- 2070, Sabanilla, San José, Costa Rica)